

12 Positionierung des BDKJ Diözesanverband Freiburg zum Prozess der Gründung des Trägervereins

Antragsteller*in: DL

Tagesordnungspunkt: 8.1. Initiativanträge zur Aufnahme in die Tagesordnung

Antragstext

- 1 Die Diözesanversammlung möge beschließen:
- 2 Als BDKJ Diözesanverband Freiburg positionieren wir uns kritisch zur Art und
3 Weise der Zusammenarbeit mit der Bistumsleitung im Prozess der Gründung des
4 Trägervereins als Rechts- und Vermögensträger des Verbandes. Der im vergangenen
5 Jahr geführte Prozess war für uns als Verband und insbesondere für die
6 ehrenamtlich Engagierten mit erheblichen Belastungen, Frustration und einem
7 spürbaren Vertrauensverlust verbunden.
- 8 Daher wird die BDKJ-Diözesanleitung beauftragt, die folgende Positionierung in
9 Gesprächen mit der Bistumsleitung einzubringen, um eine tragfähige Grundlage für
10 eine konstruktive Zusammenarbeit in der Zukunft zu schaffen.
- 11 Wir nehmen wahr, dass der Prozess von Beginn an durch strukturell ungleiche
12 Machtverhältnisse, unklare Zuständigkeiten, fehlende Transparenz und eine
13 mangelhafte Kommunikationskultur geprägt war. Entscheidungen und Anforderungen
14 seitens der Bistumsleitung und der kirchlichen Verwaltung wurden wiederholt
15 kurzfristig, ohne nachvollziehbare Begründung und ohne erkennbare Bereitschaft
16 zu inhaltlicher Auseinandersetzung oder Kompromissfindung kommuniziert.
- 17 Als BDKJ Diözesanleitung haben wir den Prozess gegenüber der Bistumsleitung
18 frühzeitig transparent gemacht, angekündigt und verantwortungsvoll vorbereitet.
19 Dennoch wurden im Verlauf des Prozesses wiederholt Erwartungen und
20 Voraussetzungen formuliert, die zuvor nicht benannt worden waren. Hinweise,
21 Bedenken und Belastungen aus dem Verband wurden dabei nach unserem Eindruck
22 weder ernsthaft aufgegriffen noch angemessen berücksichtigt. Dadurch entstand
23 das Gefühl, dass nicht der gemeinsame Gestaltungswille, sondern die formale
24 Machtausübung leitend war.
- 25 Besonders kritisch bewerten wir, dass der Zugang zu zentralen Ressourcen – etwa
26 zu Räumen, IT-Infrastruktur, Einbindung in bestehende Strukturen und
27 perspektivisch finanzieller Absicherung – implizit und explizit an die Annahme
28 einer bestimmten kirchlichen Rechtsform geknüpft wurde. Diese Verknüpfung hat
29 eine Drucksituation erzeugt und den Handlungsspielraum von uns als
30 Diözesanleitung und des Verbands insgesamt erheblich eingeschränkt. Ein
31 gleichberechtigter Aushandlungsprozess auf Augenhöhe war unter diesen
32 Voraussetzungen nicht möglich.
- 33 Wir nehmen weiterhin wahr, dass durch die Länge und Unklarheit des Prozesses
34 personelle und zeitliche Ressourcen über Monate gebunden waren und der Verband
35 in dieser Zeit nur eingeschränkt seiner eigentlichen Aufgabe – der inhaltlichen
36 Arbeit für und mit jungen Menschen – nachgehen konnte. Immer wieder musste daher
37 Struktur gegenüber Inhalt priorisiert werden. Dass sich junge Engagierte in
38 diesem Prozess wiederholt nicht ernst genommen und vor den Kopf gestoßen
39 fühlten, ist aus unserer Sicht besonders problematisch.

40 Der beschriebene Verlauf reiht sich aus unserer Sicht in wiederkehrende
41 Erfahrungen ein, die wir als BDKJ mit kirchlichen Entscheidungs- und
42 Genehmigungsprozessen machen. Er bestätigt strukturelle Muster, in denen
43 Abhängigkeiten, Intransparenz und fehlende Rechenschaftspflicht wirksam werden.
44 Diese Muster stehen im Widerspruch zu unserem Verständnis von demokratischer
45 Selbstorganisation, geteilter Verantwortung und einer Kirche, die junge Menschen
46 ernst nimmt.

47 Wir stellen klar: Der BDKJ ist Teil der Kirche und versteht seine Arbeit als
48 unverzichtbaren Dienst an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese
49 Rolle erfordert Vertrauen, Verlässlichkeit und einen respektvollen Umgang auf
50 Augenhöhe – insbesondere dann, wenn Entscheidungen weitreichende strukturelle
51 und rechtliche Konsequenzen haben.

52 Vor diesem Hintergrund erwarten und fordern wir von der Bistumsleitung:

- 53 • transparente und frühzeitige Kommunikation sowie nachvollziehbare
54 Begründung von Entscheidungen in allen strukturell relevanten Prozessen;
- 55 • klar benannte Zuständigkeiten, feste Ansprechpersonen und verbindliche
56 Zeitpläne, an die sich alle Beteiligten halten;
- 57 • einen Umgang mit verbandlichen Abhängigkeiten, der diese nicht als
58 Steuerungs- oder Druckmittel nutzt;
- 59 • die ernsthafte Einbeziehung der Expertise ehren- und hauptamtlich
60 Engagierter sowie die Bereitschaft zu echten Aushandlungsprozessen und
61 Kompromissen;
- 62 • die Aufnahme von Gesprächen zur strategischen Ausrichtung der
63 Zusammenarbeit zwischen Bistum und Jugendverbänden mit den allen
64 relevanten Entscheidungsträger*innen;
- 65 • die Anerkennung der demokratischen Selbstorganisation und Eigenständigkeit
66 des BDKJ als Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

67 Wir erwarten, dass die im Trägervereinsprozess sichtbar gewordenen Defizite
68 Anlass für eine kritische Selbstreflexion auf Seiten der Bistumsleitung und der
69 beteiligten Institutionen sind. Nur durch verbindliche Veränderungen in Haltung,
70 Kommunikation und Struktur kann zukünftig verhindert werden, dass sich
71 vergleichbare Prozesse in gleicher Weise wiederholen.

72 Als BDKJ Diözesanverband Freiburg sehen wir unsere Rolle weiterhin darin, Kirche
73 aktiv mitzugestalten. Dies setzt jedoch voraus, dass Macht sensibel,
74 verantwortungsvoll und kontrolliert ausgeübt wird und junge Menschen nicht
75 erneut die Erfahrung machen, dass ihre Stimme zwar angehört, aber nicht ernst
76 genommen wird.

Begründung

Der Antrag greift unsere Erfahrungen im Prozess der Trägervereinsgründung auf. Ziel ist es, die dabei erlebten strukturellen Defizite, Belastungen und Machtasymmetrien klar zu benennen, sie in einen größeren kirchlichen Kontext einzuordnen und Erwartungen an zukünftige Prozesse zu formulieren. Die Positionierung dient sowohl der internen Klärung als auch der Kommunikation gegenüber der Bistumsleitung und ist Ausdruck unseres Anspruchs auf eine partnerschaftliche, transparente und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit diesem Antrag wollen wir die vergangenen Erfahrungen reflektieren und damit den Blick in die Zukunft richten, um künftige Prozesse konstruktiv zu gestalten.